Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: Jagdschloßstraße 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 607.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtauflage 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 8471.

Nr. 114. Mittwoch, den 4. März. **1914.**

Das Wichtigste.

* In der Zweiten Kammer wurde am Dienstag das Etatkapitel Evangelische Kirchen im Zusammenhang mit einigen Petitionen verabschiedet. (S. Art. u. Ver.)

* Der frühere sächsische Ministerialdirektor Merz ist in Loschwitz gestorben. (S. Dtschs. R.)

* Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Lesung des Postetats fortgesetzt. (S. Art. und Ver.)

* Der badische Landtag bewilligte heute die Kosten für Wiederherstellung der Gesandtschaft in München. (S. bes. Art.)

* Am Dienstag mittag wurde im Ruthenenprozeß das Urteil gefällt. 32 Angeklagte wurden verurteilt. (S. Ausl.)

* Bei Mons in Belgien ereignete sich am Dienstag ein schreckliches Grubenunglück, wobei neun Arbeiter ums Leben kamen. (S. Nachr. v. T.)

Wittes Wiederkunft.

Z. Als am Vorabende der ersten Dumaeröffnung im Mai 1906 der russische Ministerpräsident Graf Witte verabschiedet wurde, war uns ein Vergleich mit dem Franzosen Genfer Herkunft Necker eingefallen, der, auch einst in Ungnaden entlassen, bei wachsender Bedrängnis der Monarchie zurückgerufen und da ihr Totengräber wurde. Die russische Revolution hat nun freilich einen anderen Verlauf genommen, als die französische. Indessen ist es jetzt, nach acht Jahren, noch viel zu früh, sie historisch zu würdigen. Das Frankreich an Flächeninhalt um ein Vielfaches übertreffende Russische Reich bedarf auch verhältnismäßig um so viel längere Zeiträume für seine Entwicklungsstufen.

Man darf wohl schon jetzt von der Wiederkunft Wittes als einer vorhandenen Tatsache reden. Ob er überhaupt geneigt sein wird, die Verantwortung für die Staatsleitung wieder auf seine Schultern zu nehmen, steht dahin. Aber sein Einfluß ist bereits wieder richtunggebend geworden. Der Indizienbeweis dafür ist zu schlüssig. Schon das Zusammentreffen wirkte verblüffend, daß so kurze Zeit nach seiner Reichsratsrede gegen die Schnapsbudgets Kokowzows dieser entlassen und sein Nachfolger in der Finanz Bark durch einen Zarenukas auf das Unmoralische jenes Wirtschaftssystems hingewiesen wurde. Und nun ist die zarische Ansprache im Ministerrate hinzugekommen, die feierliche Verkündigung des kaiserlichen Willens, daß ein freundliches Verhältnis zu den beiden Häusern des Parlaments hergestellt werde!

Man soll diese Aeußerung gewiß nicht in ihrem Werte überschätzen, nicht etwa Nikolaus II. jetzt noch den Beinamen des „Konstitutionellen" beilegen, wie man ihm einst um einer ähnlichen Augenblicksstimmung willen den Titel des „Friedenszaren" angehängt hat. In dem Hin und Her zwischen der Oktoberverfassung und ihren Rückwärtsumgestaltungen durch Stolypin wirkten die stereotypen Berufungen auf den „unbeugsamen" Zarenwillen schließlich geradezu komisch. Bei diesem Herrscher soll man auch am allerwenigsten die Charakterbezeichnung „impulsiv" anwenden. Nikolaus II. ist einfach in hohem Grade suggestibel, beeinflußbar: das ist dies ganze Geheimnis. Und gegenwärtig hat eben Witte durch gelegentliche Audienzen seine Herrschaft zurückgewonnen; obwohl noch vor kurzem angeblich eingeweihte Leute versicherten, aus seiner „tiefen Ungnade" gebe es keine Erhebung mehr!

Jene Ministerratsrede hat zugleich gründlich die Auffassungen widerlegt, die aus der Persönlichkeit Goremykins und seiner Betätigung in der ersten Ministerpräsidentschaft von Mai bis Juli 1906 den jüngsten Kabinettswechsel als das Vorzeichen einer scharfen Rückwärtsbewegung deuteten. Auch dieser 75jährige alte Herr ist eben kein politischer Charakterkopf, sondern gestaltloses Wachs in der Hand irgendeines Bildners oder der wechselnden Umstände.

Während also Neckers Rückkehr mit dem unmittelbaren Ausbruche der Revolution zusammenfiel, wird man die Wittes — mag er bald wieder Minister werden oder hinter den Kulissen stehen zu bleiben vorziehen — etwa so auslegen können, daß er selbst und mit ihm oder durch ihn maßgebende höfische Kreise die russische Revolution nunmehr für überwunden ansehen und darum die Zeit für ein größeres Entgegenkommen gegen einen gemäßigten Liberalismus gekommen erachten. Ob sie in dieser Voraussehung sich täuschen, ist eine andere Frage. Und wenigstens für uns Nichtrussen ist unerheblich, ob der Entschluß einer staatsmännischen Weisheit entsprungen ist, die aus Diktaturen oder wie man solche Ausnahmezustände benennen mag, zu normalen Zuständen, aus der Unterdrückung zum Vertrauen zurückkehren heißen, sobald irgend es zulässig erscheint.

Aber es drängt sich uns die Frage auf: sollte die eingetretene Wandlung allein aus Rußlands inneren Bedürfnissen zu erklären sein, oder auch seine auswärtigen Verhältnisse an ihr teil haben? Es machen sich so manche Anzeichen bemerkbar, daß Rußland wieder mit erhöhter Aktivität in die Welthändel einzutreten sich anschickt. In 8½ Friedensjahren sind die schwersten Wunden, die der japanische Krieg geschlagen hatte, einigermaßen ausgeheilt. Eine in Betracht kommende Flotte ist wiederum vorhanden, und manche Schäden der Heeresordnung sind abgestellt. Die Finanzen aber sind auf eine einstweilen ausreichende Grundlage gestellt; daß sie sittlich ungesund war, hat ja der Ukas an Bark anerkannt. Und nun erfährt man von erneuten starken Truppenbewegungen in den westlichen Provinzen des Zarenreiches, Zurückbehaltung der Reserven usw.

Besonders beim Türkenkriege von 1877 sprach man viel davon, daß Rußland seine inneren Verlegenheiten, das Um-sich-greifen des Nihilismus usw. in den äußeren Kampf getrieben hätten. Wenn dieser Beweggrund wirklich mitgespielt haben sollte, wäre die Rechnung total falsch gewesen: nach dem Kriege wurde es erst ganz schlimm mit den nihilistischen Verbrechen, begann das furchtbare, zwei Jahre währende Kesseltreiben gegen das Leben des Zaren, kamen auch Straßentumulte in Petersburg, wie die Hauptstadt sie seit den „Dekabristen", also 53 Jahre lang, nicht gesehen hatte. Am russischen Hofe müßte man von allen guten Geistern verlassen sein, wenn je wieder nach solchen Erinnerungen und auch denen des japanischen Krieges, der eine Revolution brachte und seine abwendete, irgend jemand auf den unglückseligen Gedanken geraten sollte, daß einem Staat, dem keine Arzneien mehr nützen, das Eisen gesund machen solle. Tatsächlich haben denn auch den Türkenkrieg der Panslawismus, und haben den japanischen gewissenlose Spekulanten heraufbeschworen. Es ist auch eigentlich immer so gewesen auf der Welt, daß wirklich erfolgreiche Kriege durch ein überschießendes und überschäumendes Kraft- und Gesundheitsgefühl der Nationen verursacht waren. Wobei freilich Irrtümer niemals ausgeschlossen sind. Auch Schwerkranke werden manchmal durch eine überraschend aufsteigende Kurve ihres Wohlbefindens getäuscht.

Aber einmal vorausgesetzt, Rußland sammle sich in kriegerischer Absicht im Innern, so erhebt sich die zweite Frage: gegen wen? Ein neues Zusammenstoßen auf der Balkaninsel ist für die nächste Zukunft unwahrscheinlicher geworden, als es vor einigen Monaten aussah. Auch die Türkei scheint sich in den Verlust von Lesbos und Chios zu ergeben und sogar wieder mit einem Parlamente beschweren zu wollen. Ueber Armenien aber haben sich Türken und Russen einstweilen verständigt. Was gegenwärtig am besorgtesten stimmt, ist die ausgebreitete russische Spionage in den galizischen und slawonischen Festungen und anderseits in Schweden: beides also im Umkreise der germanischen Herrschaften. Sollte auch das plötzliche Spielen mit dem „Konstitutionalismus" als ein Warnungsruf aufgefaßt werden müssen?

Erstaunliches aus Baden.

✻ Wie wir neulich in unserer „Umschau" sagten, verbreitet sich der partikularistische Gedanke wie ein Fluidum durch die deutsche Atmosphäre. Hier eine neue bedeutsame Bestätigung dieser Tatsache. Das Wolffsche Bureau übermittelt uns soeben folgenden Drahtbericht aus Karlruhe über die gestrige Sitzung der Zweiten Kammer:

Die Zweite Kammer des Landtages genehmigte am Dienstag gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten die Kosten für die Wiederherstellung der Münchner Gesandtschaft. In der Verhandlung führte der Abg. Redmann (Natl.) als Hauptgründe für die veränderte Haltung seiner Partei an, daß der Thronwechsel in Bayern einen Mann an die Spitze des Landes gebracht habe, der mit starker Initiative begabt sei und durch den München wieder ein Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Fragen werde; ferner müsse die Finanzhoheit der Einzelstaaten, die stark bedroht sei, gewahrt werden. In derselben Lage wie Baden, befänden sich auch die anderen Bundesstaaten. Ein Zusammenschluß der Bundesstaaten sei notwendig. Dafür brauche man auch die Gesandtschaft. Ebenso müsse dem preußischen Partikularismus, der sich als schweres Hindernis für die Entwicklung des Deutschen Reiches zeige, der badische Partikularismus entgegengestellt werden. (!) Alle diese Erwägungen hätten den heutigen Beschluß der Partei veranlaßt. — Staatsminister Dr. Freiherr v. Dusch führte aus, daß zwischen Notwendigkeit und Nützlichkeit eine große Verschiedenheit liege, wie in vielen anderen Dingen so auch hier. Notwendig auf jeden Fall sei die Münchner Gesandtschaft nicht. Auf die Frage der partikularistischen Bestrebungen wolle er nicht näher eingehen; aber viele Fragen der Einzelstaaten, besonders Steuerfragen, bedürften der Klärung und hierzu sei die Gesandtschaft notwendig. Die Stellung des Gesandten in München, der überall Zutritt habe, sei als überaus wichtig anzusehen.

Wir müssen sagen: das geht auf die Nerven! Zwar ist es schon lange bekannt, daß der „süddeutsche Zusammenschluß" betrieben wird. Auch weiß man, wie geschickt Herr v. Hertling sich dieser Sache annahm und wie sehr er es verstand, die bayrische Staatspolitik zu Ansehen zu bringen. Wir haben uns öfter darüber ausgesprochen. Aber nur mit dem größten Befremden verzeichnen wir die Tatsache, daß Geh. Hofrat Rebmann, der Führer der badischen Jungliberalen, bei dieser Gesandtschaftsfrage die Zustimmung seiner Freunde mit dem Hinweis auf den Thronwechsel in Bayern und auf die Bedeutung der bayrischen Residenz als „Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Fragen" begründet. Doch das konnte vielleicht noch hingehen als Ausdruck freundnachbarlicher Hochachtung, und — irgendetwas mußte ja zur Begründung der veränderten Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion gesagt werden. Allein Herr Abg. Redmann ging gründlicher vor. Er spricht von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Bundesstaaten wegen der bedrohten Finanzhoheit. Er nimmt also das Stichwort auf, das in Dresden ausgegeben wurde und das erst dieser Tage in der sächsischen Zweiten Kammer so lebhafte Auseinandersetzungen veranlaßte. Doch die sächsische Regierung konnte sich auf ihre Ablehnung der Reichsvermögenszuwachssteuer im Bundesrat berufen. Die badische Regierung aber hat zugestimmt. Während in der Zweiten sächsischen Kammer die nationalliberale Fraktion mit Entschiedenheit den Standpunkt vertrat, daß das Reich nach Lage der Dinge auf die Vermögenszuwachssteuer angewiesen war, von einem wirklichen Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten aber keine Rede sein könne und deshalb die nachträgliche Auflehnung nicht im Reichsinteresse liege, kommt nun der süddeutsche liberale Führer und zieht zur Begründung eines Umfalls seiner Freunde in einer wahrhaftig nicht allzu bedeutsamen Sache dieselben Ansichten auf, die der konservativen Partei so genehm sind, der Partei der Reichsgründung aber so schlecht wie möglich anstehen. Und noch nicht genug!! Die Geschichte vom Teufel und Beelzebub fehlte noch. Weil der preußische Partikularismus ins Kraut schoß, ist Herr Geh. Hofrat Rebmann der Meinung, es müsse diesem preußischen Partikularismus ein echtbadischer „entgegengestellt" werden! Auch aus diesem Grunde braucht also Baden den Gesandten in München.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. Wieder und wieder haben wir die Worte des Drahtberichtes nachgelesen, weil wir an einen Irrtum glaubten; aber selbst wenn noch eine besondere Rechtfertigung des Auftretens des Herrn Rebmann nachkommt — an dem über die Maßen betrübenden Vorgang wird schwerlich etwas gut zu machen sein. Demnächst tritt der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei in Berlin zusammen. Er muß ein deutliches Wort sprechen.

Politische Uebersicht

Vom Wahlkampf in Borna-Pegau.

Am 28. Februar sprach Landtagsabgeordneter Nitzschke-Leutzsch, am Nachmittag in Schwarzbach bei Colditz und am Abend in Colditz selbst. In Schwarzbach waren in der Gaststube fast ebensoviel Landwirte wie im Saal und hielten neuankommende Versammlungsbesucher davon ab, den Saal zu betreten. In Colditz waren über 400 nationalgesinnte Männer versammelt, um den Ausführungen des nationalliberalen Kandidaten zu lauschen, und stürmischen Beifall erntete sowohl dieser als auch Syndikus Martin Schneider-Leipzig, der die Ausführungen Nitzschkes ergänzte und unterstrich.

Als kürzlich die „Sächsische Umschau" andeutete, 1912 hätten bei der Reichstagswahl verschiedene Konservative erklärt, sie würden, wenn der nationalliberale Kandidat Nitzschke in die Stichwahl komme, lieber sozialdemokratisch wählen, begehrten die „Kreuzzeitung" und andere konservative Blätter heftig auf und verlangten Namen zu wissen. In der Nummer der „Sächsischen Umschau" vom 1. März lesen wir folgende Antwort auf diese Frage:

„Als diejenigen Agrarkonservativen im Reichstagswahlkreise Borna, die öffentlich erklärt haben, daß sie in der Stichwahl lieber den Sozialdemokraten als den Nationalliberalen Nitzschke wählen würden, nennen wir nachstehende Herren: Gutsbesitzer und Militärvereinsvorsteher Günther, Jöpen; Gutsbesitzer Weiske, Priesnitz; Rittergutsbesitzer Bonacker, Hausdorf; Gutsbesitzer Zieger, Hohnbach; Gutsbesitzer Sprotz, Hohnbach. Das sind ihrer fünfe. Vielleicht kommen noch einige hinzu."

Aus dem Landtage.

Die Finanzdeputation A

sprach sich am 2. März für die im Etat eingestellte Summe von gemeinjährig 42500 Mark zur Bestreitung der Kosten für die Aufstellung von Ortserweiterungsplänen nach § 38 des allgemeinen Baugesetzes aus. Sodann wurde erwogen, ob man nicht an Stelle von Dienstmietwohnungen den betreffenden Beamten Mietzinsvergütungen gewähren könne. Im Hinblick darauf wurde die Entschließung über die vorgesehenen Baulichkeiten bei den Amtshauptmannschaften Freiberg und Kamenz ausgesetzt. 1 Million Mark wird angefordert für den Umbau des alten Landhauses in Dresden, das man zu einem Dienstgebäude für die Kreishauptmannschaft Dresden und die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt umwandeln will. Die Deputation hatte starke Bedenken, ob ein vor langer Zeit zu ganz anderem Zwecke errichtetes Gebäude für den erwähnten Zweck brauchbar sei. Deshalb wurde die Beschlußfassung ausgesetzt und weitere Verhandlung mit der Regierung gewünscht.

Hinsichtlich der schon wiederholt erörterten Frage der Teilung der Amtshauptschaft Zwickau sind in letzter Zeit Preßnotizen ergangen, die Regierung beabsichtige die Errichtung neuer Amtshauptmannschaften in Werdau und Aue. Die Regierung soll um weitere Auskünfte ersucht werden, da im Etat Ausgaben für dementsprechende Baulichkeiten nicht vorgesehen sind. Die Mehreinstellungen im Etat für die Akademie der graphischen Künste und das Buchgewerbe in Leipzig, für die Kunstgewerbeschulen zu Dresden, Plauen usw., die durch den Andrang zu diesen Bildungsstätten nötig geworden sind, wird von der Deputation bewilligt. Ebenso bewilligt man 55000 Mark zu den anläßlich der Feier des 75jährigen Bestehens der Akademie der graphischen Künste notwendig werdenden Ausgaben. Auch die angeforderten 332000 Mark für den Umbau dieser Akademie genehmigt die Deputation.

Die Gesetzgebungsdeputation

beriet am 2. März über die Reform des Landeskulturrates. Es werden Anfragen an die Regierung beschlossen, die sich auf Vermehrung einer Zahl der Mitglieder im allgemeinen und auf eine stärkere Vertretung des Gärtnereigewerbes im besonderen beziehen. Sodann verhandelt man über den Regierungsentwurf betr. das Gesetz über die Krankenversicherung der Lehrer. Nach einigen redaktionellen Aenderungen stimmt man dem Entwurfe zu.

Der Reichskanzler in Hamburg.

Am Dienstag vormittag begab sich Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, begleitet vom Präsidenten des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Predoehl, dem preußischen Gesandten v. Bülow, dem Legationssekretär v. Bonin sowie von Mitgliedern des Senats u. a. zur Werft von Blohm & Voß. Auf der Fahrt wurde der Elbtunnel besichtigt. Auf der Werft besuchte der Reichskanzler, der vom Aufsichtsrat und dem Direktorium der Werft empfangen wurde, die Turbinenwerkstätte, das im Dock liegende Schwesterschiff des Imperator „Vaterland" und das dritte bereits auf Stapel liegende Schiff der Imperatorklasse. Von der Werft aus wurde auf dem Staatsdampfer „Hamburg" eine Fahrt durch die Häfen angetreten, wobei der Reichskanzler am O'Swaldkai die Schuppen besichtigte. Kurz nach 12 Uhr erfolgte die Landung an der St. Pauli-Landungsbrücke, worauf die Rückfahrt zur preußischen Gesandtschaft angetreten wurde. Unterwegs wurde das Bismarckdenkmal besichtigt. Um 1 Uhr fand im Hause des Bürgermeisters Dr. Predoehl ein Frühstück statt, an dem außer dem Reichskanzler und seinen Begleitern die beiden Bürgermeister v. Melle und Schroeder, der preußische Gesandte, der hamburgische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Sieveking, Generaldirektor Ballin sowie eine größere Zahl Herren aus Schiffahrts- und Kaufmannskreisen, die Präsidenten der Bürgerschaft, des Oberlandesgerichts usw., die Generalkonsuln Oesterreich-Ungarns, Italiens, Großbritanniens, Frankreichs und Spaniens u. a. teilnahmen. Nach dem Frühstück beim Bürgermeister begab sich der Reichskanzler nach dem Vorlesungsgebäude und besichtigte dort unter Führung des Vorsitzenden des Professorenrats, Professor Franke, die Seminare und sodann unter Führung des Ge-